

## Hintergrundinformationen zur Finanzmarktkrise

*Die „Banker“ haben gezockt, die Politiker es uns  
aber eingebrockt!*

### **„Haltet den Dieb!“**

„Haltet den Dieb!“ tönt es sinngemäß, wenn die Systempolitiker sich dafür rechtfertigen wollen, daß sie die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Euro, fast den doppelten Bundeshaushalt, verzocken, um das internationale Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren.

Die ausschließliche Verantwortung dafür versuchen Merkel, Steinbrück und Konsorten nun den Bankvorständen in die Schuhe zu schieben. Deren Zockerei steht zwar außer Zweifel, ist aber eine Folge der Politik der Bundesregierung, der Landesregierungen und des internationalen Finanzregimes, also der EU, der OECD, der G7 etc.

### **Die Zweckentfremdung und Zerschlagung der Landesbanken**

Was die Politik dieser kosmopolitischen Seilschaften bewirkt hat, läßt sich am besten am Beispiel der öffentlich-rechtlichen Banken, also der Landesbanken und Sparkassen, zeigen. Denn es ist schon seit geraumer Zeit das Ziel der Kosmopoliten, diese Institute ihrer Sonderstellung als staatlich bzw. kommunal garantierter Regionalbanken zu berauben und sie in international agierende Geschäftsbanken umzuwandeln; also ausgerechnet in jenen Bankentyp umzuwandeln, der heute wegen der Finanzmarktkrise extrem gefährdet ist, während andererseits die noch einigermaßen regional und raumorientierten Sparkassen wie ein Fels in der Brandung stehen und zumindest vorläufig die Funktionsfähigkeit des deutschen Kreditmarktes gewährleisten.

Der entscheidende Schritt in Richtung Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens war die von der EU erzwungene Abschaffung der sogenannten Gewährträgerhaftung, also der staatlichen bzw. kommunalen Garantie für die Banken. In den Landesparlamenten stimmten alle BRD-Systemparteien dieser Abschaffung zu, zum Beispiel im Sächsischen Landtag am 14. Dezember 2002. Laut Landtagsprotokoll gab es keine Gegenstimmen, also auch nicht von der Wendehals-PDS (jetzt DIE LINKE bzw. Linkspartei). Gleichzeitig wurden Privatisierungsoptionen beschlossen, die viereinhalb Jahre später, am 4. Juli 2007, erheblich erweitert wurden, und zwar als das *„Gesetz zur Umwandlung der Landesbank Sachsen Girozentrale in eine Aktiengesellschaft“* beschlossen wurde. Dadurch sollte der kapitalistischen Zweckentfremdung der Landesbank zugunsten der internationalen Finanzmärkte Tür und Tor geöffnet werden, und zwar gewissermaßen noch am Vorabend der Finanzmarktkrise, die eben im Juli 2007 ihren Anfang nahm.

Das kann man, wenn man so will, als tragikomische Symbolik für die sklavische Unterwerfung der politischen Klasse der BRD unter die Knute der internationalen Hochfinanz ansehen. Denn mit Ausnahme der NPD-Fraktion äußerten sich alle Oppositionsfraktionen grundsätzlich zustimmend zur Umwandlung als solchen – damit sich die Landesbank zum *„Schnellboot“* entwickle, *„das sich in Zeiten der Globalisierung voranbewegt“*, wie es der Sprecher der „Linksfraktion“, Sebastian Scheel, euphorisch ausdrückte. Weil ihnen die Modalitäten angeblich nicht gefielen, stimmten diese Scheinoppositionellen dann aber trotzdem gegen den Gesetzentwurf, was an seiner Annahme durch die Mehrheitsfraktionen natürlich nichts änderte. Allerdings kam wegen der kurz darauf einsetzenden Finanzkrise und der damit einhergehenden SachsenLB-Krise das Gesetz nie zum Tragen und wird sicherlich auch nicht zum Tragen kommen. – Selten ist wohl nach einem Gesetzgebungsakt die Inkompetenz

des Gesetzgebers so rasch offenkundig geworden. Denn als der Sächsische Landtag diesen weiteren Schritt zur Gleichschaltung des deutschen Finanzmarktes mit den internationalen Märkten unternahm, kündigte sich deren Zusammenbruch bereits deutlich an.

Schon lange vorher hatten einige Landesregierungen, darunter die sächsische, unter Hinweis auf die angeblich unaufhaltsame Finanzmarktglobalisierung, die veränderten Bedingungen durch Basel II etc. ihre Landesbanken zur Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten regelrecht *gezwungen*. Der finanzielle De-facto-Zusammenbruch der SachsenLB wurde nicht primär durch den Vorstand der Bank, sondern durch die Sächsische Staatsregierung und alle im Verwaltungsrat vertretenen Parteien und Organisationen verschuldet. Diese hatten die Bank zur sittenwidrigen Spekulation *genötigt*, und zwar zur Spekulation mit „Wertpapieren“, deren vorübergehend hohe Verzinsung auf der Notlage von Millionen amerikanischer Hypothekenschuldner der unteren Mittelschicht beruhte, denen horrenden Zinsen von 20 Prozent und mehr abgepreßt wurden und noch werden. Als der letzte Vorstandsvorsitzende der SachsenLB, Herbert Süß, im August 2007 anlässlich der Liquiditätskrise der Bank dem Haushalts- und Finanzausschuß des Sächsischen Landtages Rede und Antwort stehen mußte, erklärte er frei heraus, im gegebenen politischen und finanzwirtschaftlichen Umfeld keine andere Wahl gehabt zu haben, als die verhängnisvollen Spekulationsgeschäfte auf den internationalen Finanzmärkten zu tätigen. Der damalige sächsische Finanzminister Horst Metz (CDU), der während der Anhörung dem Bankmanager gegenüber saß, hütete sich, auch nur andeutungsweise dieser Darstellung zu widersprechen. Denn er wußte, daß es er selbst und sein Chef Milbradt (CDU) gewesen waren, die die Bank zu den brandgefährlichen und sittenwidrigen Geschäften gezwungen hatten.

Als besondere Ironie und Absurdität des Kapitalismus sei noch am Rande erwähnt, daß die vorübergehenden Deviseneinnahmen aus den internationalen Zinsspekulationsgeschäften für die deutsche Ökonomie insgesamt eher schädlich als nützlich waren, denn sie vergrößerten nur den ohnehin gigantischen Leistungsbilanzüberschuß, heizten die Inflation entsprechend an und leisteten dem kapitalistischen Spekulations- und Ausbeutungsschwindel weiteren Vorschub.

### **Am Anfang der „Gier“ stand die Politik der Bundesregierungen**

Auch die Bundesregierungen leisteten dem Spekulationsschwindel entscheidende Schützenhilfe, nicht zuletzt durch ihre perfiden Bemühungen, die erwähnten Schrottpapiere – „Asset Backed Securities“ (ABS) genannt – mit Macht auf dem deutschen Markt durchzusetzen. Ein prominenter Zeuge hierfür ist der zweitwichtigste Mann im Bundesfinanzministerium, der erst vor kurzem zum Finanzstaatssekretär beförderte Jörg Asmussen. In einem Artikel vom September 2006<sup>1</sup> schrieb er wörtlich:

*„Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung [Globalisierung der Finanzmärkte] hat das Bundesfinanzministerium (BMF) in der Vergangenheit viele Initiativen ergriffen und an vielen Stellen den Kapitalmarkt modernisiert. Dabei war uns stets wichtig, daß sich auch der Markt für Asset Backed Securities (ABS) in Deutschland stärker als bislang entwickelt. Für andere EU-Mitgliedstaaten und für die europäischen Kapitalmärkte ist der ABS-Markt mit seiner Dynamik und Vielseitigkeit geradezu zu einem prägenden Element geworden. Allmählich scheinen aber auch in Deutschland die gemeinsamen Bemühungen der Politik und der Kreditwirtschaft die erwarteten Früchte zu tragen.“*

---

<sup>1</sup> „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, 26.09.2006

In der Tat! Inzwischen haben die Bemühungen der Bundesregierung Früchte getragen, man merkt es deutlich bei Banken wie SachsenLB, BayernLB, IKB und Real Hypo Estate International AG. Aber diese Früchte sind giftig, und auf einmal wollen die Politiker von ihrer Urheberschaft nichts mehr wissen. Jetzt soll offenbar nur noch die „Kreditwirtschaft“ die Verantwortung tragen. Die „Topmanager“ der Banken haben zu leichtsinnig spekuliert und müssen jetzt mit Gehaltskürzungen bestraft werden. Das sagen heute Vertreter der Bundesregierung, die noch im November 2005, also vor drei Jahren, in ihrem Koalitionsvertrag<sup>2</sup> die Umstellung der deutschen Mittelstandsfinanzierung vom „*klassischen Bankkredit*“ auf die neuen „*innovativen*“ Kapitalmarktinstrumente proklamierten und in diesem Zusammenhang den „*Ausbau des Verbriefungsmarktes*“ forderten, also genau jenes ABS-Schrottpapiermarktes, der uns heute um die Ohren fliegt. Die Liste der von den beiden letzten Bundesregierungen – der rot-grünen und der schwarz-roten – eingeführten Steuererleichterungen sowie Deregulierungs- und sonstigen Verwaltungsmaßnahmen zur Förderung von Finanzspekulationen auf Kosten der realen Wirtschaft ist lang. Durch die Steuerreform 2001 wurden zum Beispiel Steuern auf Gewinne in Verbindung mit Verkaufserlösen bei Verkäufen von Beteiligungen ganz abgeschafft. Damit wurde jene „Auflösung der Deutschland AG“ angestrebt, von der vor allem die auf Erwerb und Zerschlagung von Unternehmen spezialisierten, meist ausländischen oder von ausländischen Finanzinteressen gesteuerten Beteiligungsfonds profitieren. Diese können natürlich wesentlich günstiger Firmen einkaufen, wenn die Verkäufer keine Steuer auf ihren Gewinn zahlen müssen. Außerdem zahlen die Fonds praktisch keine *eigenen* Steuern. Wenn sie nämlich, wie die meisten Hedge-Fonds, in Steueroasen angesiedelt sind, unterliegen sie gar keiner deutschen Besteuerung. In Deutschland ansässige Fonds bleiben in der

---

<sup>2</sup> „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“ vom 11.11.2005, Kapitel „Finanzmarktpolitik“.

Regel ebenfalls unbelastet, weil sie von den Finanzämtern als bloße „Vermögensverwalter“ eingestuft werden, obwohl sie in der Beratung und Steuerung der gekauften Firmen offensichtlich gewerblich tätig sind. Diese eindeutig rechtswidrige Steuerbegünstigung kann eigentlich nur auf eine Anweisung des Bundesfinanzministeriums zurückgehen – mutmaßlich mit dem Ziel der Aufblähung des für das Verschachern deutscher Unternehmen verfügbaren Kapitalmarktes.

Das Bekanntwerden der Freistellung von Veräußerungsgewinnen von der Steuer führte 2001 zu einem regelrechten Kursfeuerwerk an der Frankfurter Börse. Die Kurse der privaten Großbanken schossen um bis zu 6 Prozent nach oben. Kein Wunder, denn die Banken konnten sich durch die Freistellung einen starken Anstieg der für die Zerschlagung deutscher Unternehmen erforderlichen Finanzierungen ausrechnen! Allein dadurch hat die Bundesregierung den unproduktiven, spekulativen Finanzsektor zu Lasten der realen Wirtschaft enorm aufgebläht.

Durch das Investmentmodernisierungsgesetz (2004) wurde auf Geheiß der EU eine Reihe weiterer Vorteile für Beteiligungsfonds eingeführt. So wurden erstmalig auch Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, Investmentbeteiligungen und Derivate als Vermögensgegenstände klassifiziert, die nunmehr ohne nähere Unterscheidung in Investmentfonds geführt werden können. Da vorher nur bestimmte, gesetzlich festgelegte Fondstypen in Deutschland möglich waren, führte dies zu einer erheblichen Verstärkung und Erweiterung der Fonds. Ein weiteres Geschenk für diese ist die Absenkung der erforderlichen Eigenkapitalquote. Das begünstigt Firmenübernahmen mit Hilfe von Fremdkapital, erhöht die erzielbare Eigenkapitalrendite der Fonds und trägt dadurch zur weiteren Aufblähung der unproduktiven Finanztransaktionen durch Firmenübernahmen – von den destruktiven Wirkungen dieser Übernahmen für die Volkswirtschaft und die Arbeitnehmer ganz abgesehen. – Des Weiteren ermöglicht das Gesetz

„europäischen“, in Deutschland gar nicht zugelassenen Investmentfonds, hierzulande tätig zu werden, was zum Beispiel die Frage der Rechtsaufsicht für diese Fälle aufwirft. Schließlich sei noch erwähnt, daß das Gesetz die Bundesregierung zum Erlaß von Rechtsverordnungen für den Finanzmarkt ermächtigt, wovon der Finanzminister zur Förderung von Derivatengeschäften etc. schon vielfach Gebrauch gemacht hat.

So weit die Zusammenstellung einiger politischer Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen zur maßlosen Aufblähung der reinen Finanzwirtschaft in Deutschland und nicht zuletzt auch zur Unterwerfung der deutschen Volkswirtschaft unter die Herrschaft der internationalen Finanzmärkte. Letzterem Zweck dient natürlich auch die von der EU durchgedrückte Einführung der Baseler Eigenkapitalrichtlinien und Rating-Bestimmungen für die Banken (Basel II). Da hierdurch Kreditengpässe für die traditionell eigenkapitalschwache mittelständische Wirtschaft in Deutschland erwartet werden, wird gerade dieses aufgezwungene Kreditmarktregime oft als Argument angeführt, um die Notwendigkeit einer ganzen Palette von spekulativen Finanzmarktgeschäften zur Finanzierung der Wirtschaft zu begründen. Eine besonders perfide Argumentation, bei der die negativen Auswirkungen einer schon durchgesetzten Fremdbestimmung zur Begründung der Notwendigkeit von weiteren Abhängigkeiten benutzt werden!

### *Der Crash ist Teil des Systems!*

Die obige Zusammenstellung dürfte ausreichen, um zu zeigen, daß die immer stärkere, wuchernde Aufblähung der Finanzmärkte und das zunehmende Übergewicht des Kapitals über den Faktor Arbeit in der Tat nicht primär durch das Wirken einiger Bankmanager, sondern vielmehr durch einen politischen Willen hervorgerufen worden sind. Das Wirken der

Bankmanager ist eine Folgeerscheinung dieses politischen Willens, nicht umgekehrt. Der Erfolgszwang und die Logik der von der Politik *gewollten*, dynamisch schwingenden („volatilen“) Märkte *zwingen* die Vorstände der Banken, mitzuspielen, wodurch sie ganz automatisch zum Schwingen und Überspringen des Systems beitragen.

### **Die Sollbruchstelle des Kapitalismus**

Daß es dabei in gewissen Zeitabständen zum Crash kommen *muß*, ist die Folge einer *Sollbruchstelle* des kapitalistischen Systems, die dadurch zustande kommt, daß die durch das System hervorgerufene Geldschwemme viel schneller als die reale Wirtschaft wächst. Auch wenn das Wirtschaftswachstum stark zurückgeht, zum Stillstand kommt oder gar negativ wird, wächst die Geld- und Kapitalmenge in der Regel vorerst noch weiter, allein schon durch Zins- und Zinseszins, aber auch durch Gewinne aus Verdrängungswettbewerb und Spekulation. Der Zwang zum Kapitalwachstum durch kumulative Kapitalrendite ist geradezu das Wesen des kapitalistischen Systems. In den westlichen Ländern liegt die Wachstumsrate typischerweise beim Doppelten bis zum Zehnfachen der Wirtschaftswachstumsrate. Das daraus folgende, ständig zunehmende Mißverhältnis zwischen Kapital und Realwirtschaft schürt die Inflation und macht es immer schwieriger, die erwartete (und geforderte) Kapitalrendite tatsächlich zu erzielen. So lange wie dies trotzdem noch halbwegs funktioniert, nimmt aber das Kapital (zulasten der Arbeit) einen immer größeren relativen Anteil der Wirtschaftsleistung für sich in Anspruch, bis – rein theoretisch – irgendwann mal das ganze Bruttoinlandsprodukt nicht einmal dazu ausreicht, die Renditeansprüche des Kapitals zu bedienen. Spätestens dann müßte das System „zurückgesetzt“ werden, bevor es wieder weiterlaufen könnte. In der Praxis geschieht dies natürlich viel früher, nämlich wenn das Mißverhältnis zwischen Kapitalmassen und Wirtschaftsleistung so groß geworden ist, daß es in einem gewissen

kritischen Umfang systematisch zur Nichterfüllung der Renditeerwartungen des Kapitals kommt. Das führt dann zu einem sich tektonisch aufbauenden Vertrauensverlust in die Finanzwerte, wodurch diese dramatisch an Wert verlieren, und es zur Vernichtung von riesigen Kapitalmengen kommt, nicht etwa nur zum Nachteil von Spekulanten, sondern vielmehr zulasten der gesamten Wirtschaft und aller Wirtschaftsteilnehmer und einzelnen Bürger.

### **Die wiederkehrenden Crashes**

Wir kennen diese Crashes zum Beispiel von der Zeit nach dem sogenannten „Schwarzen Freitag“ am 24. Oktober 1929, dem „Schwarzen Montag“ am 19. Oktober 1987 und zuletzt nach dem Ende des „Neuen Marktes“ 2000/2001. Was wir zur Zeit erleben, ist eine neue Eruption, die wahrscheinlich alle anderen übertreffen wird, sowohl was die Stärke und Dauer als auch was die ökonomischen und politischen Folgen betrifft. Das heißt nicht, daß die Intensität über längere Zeit gleich bleiben muß. Es wird wahrscheinlich vielmehr zu Schwankungen innerhalb des Krisenszenarios kommen, und zwar in dem Maße, wie nach der Vernichtung von Kapital neue Kapitalmassen entstehen, die erneut vernichtet werden, etc. Dies wird so lange weitergehen, bis die Welt vor Gleichschaltung oder Erschöpfung erlahmt, oder aber das derzeitige kapitalistische System durch ein neues politisch-ökonomisches Paradigma abgelöst wird.

### **Der Kapitalismus als Motor der Globalisierung**

Der Grund hierfür liegt klar auf der Hand: Der Kapitalismus ist der Motor der Globalisierung und arbeitet nach dem Prinzip der Nivellierung von ökonomischen Unterscheiden zwischen Regionen, Ländern und Kulturräumen. Wenn im kapitalistischen System westlicher Prägung weitgehende Kapitalfreiheit herrscht, also wenn das Kapital mobil ist, was ja heute der Fall ist, sucht es sich die Ungleichheiten und nutzt diese zur Erzielung der Rendite, indem es sie tendenziell einebnet. Die Effizienz, mit

der das geschieht, ist von zwei Faktoren abhängig: die Größe und ökonomische Vielfalt des Wirkungsgebietes und die Geschwindigkeit, mit der Transaktionen durchgeführt werden. Heute umfaßt der Kapitalismus fast die ganze Erde. Deswegen gibt es größere soziale, kulturelle und ökonomische Unterschiede zwischen den Regionen des Verbreitungsgebietes als je zuvor, also ein riesiges Nivellierungs- und damit auch Renditepotential, dessen Zugänglichkeit und Transparenz auch noch zunimmt. Daraus entstehen Gewinne, die zur Kapitalakkumulation führen. Und dieser Prozeß erfolgt nun auch noch viel rascher als je zuvor, was an den stark gestiegenen, immer noch zunehmenden Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten für Güter bzw. Informationen liegt. Das bedeutet, daß der Aufbau von Kapital innerhalb einer Volkswirtschaft wie der deutschen, die ja extrem exportlastig ist, immer rascher verlaufen wird, und daß dadurch der zeitliche Abstand zwischen aufeinander folgenden Crashes immer kleiner werden wird. Vieles spricht dafür, daß die Weltwirtschaft nun in eine Phase gekommen ist, in der der Auf- und Abbau von Kapitalmassen regelrecht zu pulsieren beginnt: Zwischen der derzeitigen Krise und der vorhergehenden New-Economy-Krise sind lediglich ca. 7 Jahre vergangen. Der Abstand zur größeren Krise davor war 14 Jahre, also doppelt so groß. Wird der nächste Abstand nur 3 ½ Jahre werden? Das ist wahrscheinlich zu schematisch gesehen, aber dennoch dürfte von immer kürzer aufeinander folgenden Crashes auszugehen sein.

### *Die Alternative: Raumorientierte Volkswirtschaft*

Zum Schluß zwei Gretchen-Fragen:

- Ist diese Entwicklung gut?
- Und ist sie unvermeidbar?

Die Antwort lautet: Weder noch. Denn die Nivellierung der Volkswirtschaften durch den internationalen Kapitalismus bedeutet auch die

Nivellierung der soziokulturellen Strukturen: Sprache, Kultur, Gemeinschaftsformen, Überlieferung, nationaler und kultureller Identität. Diese sind von der wirtschaftlichen Leistungsgemeinschaft nicht zu trennen, denn jede nachhaltige menschliche Gemeinschaft ist auch eine ökonomische Gemeinschaft. Eine Beseitigung der kulturellen Vielfalt würde das Ende der menschlichen Zivilisation bedeuten, und auch wenn man dies in Kauf nehmen würde, so würde es aufgrund der menschlichen Natur nicht funktionieren. Da die Gesellschaft nur durch ein notwendiges Minimum an kulturell tradierter Gemeinschaft und an Altruismus zusammengehalten werden kann, würde sie sich in Parallelgesellschaften spalten, es würde zu enormen Klassenunterscheiden und schließlich zu chaotischen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen. – Diese Zustände könnten wir, nebenbei bemerkt, bald in Deutschland haben, wenn wir nicht aufpassen! Aber diese kapitalistische Apokalypse ist keineswegs unvermeidbar! Es mag zwar unter dem derzeitigen politisch-ökonomischen Paradigma so scheinen, denn die meisten Menschen haben Schwierigkeiten, sich einen Paradigmenwechsel vorzustellen. Aber da andererseits der oben skizzierte Kapitalakkumulations- und Abbauprozess ganz offensichtlich nicht nachhaltig ist, muß es doch zwangsläufig zu einem Wechsel kommen. Dabei kommt als neues politisch-ökonomisches Paradigma nur eine Wirtschaftsordnung in Frage, die den Globalisierungsprozess beendet und den natürlichen Zusammenhang zwischen den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Facetten des gesellschaftlichen Lebens wiederherstellt – unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nur überschaubare, identitätsfähige und in der Regel auch räumlich begrenzte soziokulturelle Gemeinschaften nachhaltig überlebensfähige Gesellschaften bilden. Der grundlegende Zusammenhang zwischen ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozessen ist einfach: nachdem die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft die gemeinsame Daseinsvorsorge, also eine

ökonomische Tätigkeit ist, sind die sozialen und kulturellen Strukturen daraus hervorgegangen, somit davon nicht zu trennen und ohne wirtschaftliche Leistungsgemeinschaft auf die Dauer nicht überlebensfähig. Erst wenn die Wirtschaft die Menschen zu einer arbeitsteiligen Leistungs- und Daseinsvorsorgegemeinschaft vernetzt, wird aus einer unverbindlichen Gesellschaft ein Volk, und nur Völker errichten Zivilisationen und gründen und erhalten Staaten.

Die wirtschaftliche Vernetzung eines Gemeinwesens bedeutet nichts anderes, als daß innerhalb der Gemeinschaft ein engeres Netzwerk von Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Menschen und eine höhere Intensität von Wirtschaftstransaktionen existiert als nach außen im Verhältnis zu anderen Gesellschaften. Eine Wirtschaft, die dieses Kriterium erfüllt, kann man als raumorientierte Wirtschaft bezeichnen, denn sie hat ihren Schwerpunkt in der eigenen Gesellschaft und im eigenen Wirtschaftsraum.

Eine raumorientierte Wirtschaft setzt aber auch ein raumorientiertes Geld- und Kapitalsystem voraus, denn die Integrität des Geldkreislaufs gewährleistet die Integrität der wirtschaftlichen Leistungsgemeinschaft, die wiederum der Kern der raumorientierten Volkswirtschaft ist. Die Aufgabe des Kapitalkreislaufs ist es, die dynamische Ressourcenallokation innerhalb der Volkswirtschaft zu sichern. Durch die überwiegende Bindung des Kapitals an die nationale und regionale Wirtschaft wird ein flexibler, ausgewogener und solidarischer Einsatz aller Ressourcen zur Erhaltung des ganzen Landes und Einbindung aller Einwohner in den Arbeitsprozeß gewährleistet. Die jetzt praktizierte Kapitalfreiheit hingegen führt zu einer ungleichmäßigen und unsteten Auslastung der Volkswirtschaft in bezug auf Branchen, Arbeitskräfte und Regionen, weil das Kapital nicht mehr seine eigentliche Aufgabe der Verteilung von Ressourcen innerhalb der Volkswirtschaft ausreichend wahrnimmt. Das Ergebnis ist eine

wirtschaftliche Monokultur, der Verfall vieler für die wirtschaftliche Vielfalt und Versorgungssicherheit wichtiger Branchen, Arbeitslosigkeit und die Verwahrlosung ganzer Regionen.

Und nicht zuletzt ist auch die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch internationale Finanzkrisen der jetzt gerade aktuellen Art eine verheerende Folge der Kapitalfreiheit.

*Per Lennart Aae*